„Es setzt sich nur so viel Wahrheit durch, wie wir durchsetzen.“ (Bertolt Brecht)

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam **Nr.: 01/2019**

26. Jahrgang **47. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. Januar 2019**

Mehr Platz für Radfahrer!

Ein bahnbegleitender
Rad- und Fußweg soll die Innenstadt entlasten

Straßen und Wege in der Innenstadt Potsdams sind seit langem stark ausgelastet. Dies zeigt sich sowohl im PKW-Verkehr auf den Straßen der Stadt aber auch vermehrt auf den Fuß- und Radwegen. In den Stoßzeiten können die Verkehrswege in der Innenstadt dem ÖPNV, Rad-, LKW- und Autoverkehr sowie Fußgängern nur noch unzureichend Platz bieten. Es kommt vermehrt zu Konflikten und gefährlichen Situationen zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern. Außerdem belasten die hohen Schadstoffemissionen die Gesundheit der Radfahrenden und Fußgänger zusätzlich.

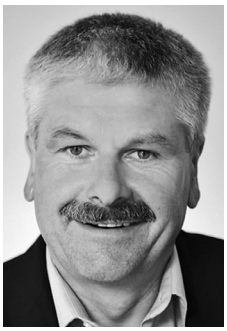


Diese Situation kann beispielsweise mit der Schaffung eines neuen Weges für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen, z.T. entlang bereits bestehender Uferwege entschärft werden. Ein möglicher Weg zwischen Potsdam West im Bereich Kiewitt hin zur Speicherstadt und dem Potsdamer Hauptbahnhof wäre kürzer als bestehende Verbindungen durch die Innenstadt und würde den Verkehr dort entlasten. So würde die Entscheidung für das Rad und gegen das Auto attraktiver und die Fahrt zur Arbeit wäre weniger schadstoffbelastet. Nicht zu unterschätzen sind auch die neuen Perspektiven auf die Stadt für die Bürger*innen, die sich von einem bahnbegleitenden Radweg erschließen ließen. Das erhöht zusätzlich die Nutzungsqualität und macht den Weg mit dem Rad für die Nutzenden auch neben der möglichen Zeitersparnis noch attraktiver.

Aus diesen Gründen schlug Ralf Jäkel (DIE LINKE.) für die Fraktion vor, den Oberbürgermeister mit der Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie zu beauftragen, um zu analysieren, mit welcher Trassenführung und welchem Finanzbedarf dieser Fuß- und Radweg abseits der Straßenverkehrstrassen mittelfristig geschaffen werden kann. In der Diskussion wurde darauf verwiesen, dass die Verwaltung eine entsprechende Studie bereits vorgelegt habe. Demnach könne man bereits über konkrete Schritte zur Umsetzung verhandeln. DIE LINKE wird diese Erkenntnisse nun prüfen und im Bau-Ausschuss nachfragen, um einen zügigen Baubeginn für diese wichtige Verbindung zu sichern.

Mit auf den Weg…

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,



leider fehlte ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung. Die Linksfraktion hatte sich im Dezember mit einem Antrag für die soziale Abfederung der kürzlich erfolgten Energiepreiserhöhung eingesetzt. Dazu soll der Oberbürgermeister in Abstimmung mit den Stadtwerken entsprechende Vorschläge vorlegen. Die SPD sorgte für eine Ausschussüberweisung und in den Ausschüssen für eine Ablehnung des Antrages. Im Hauptausschuss wurde der Antrag nach heftiger Debatte gegen die Stimmen der Linken zurückgestellt, um auf Vorschläge der Stadtwerke zu warten. Statt eine Vorgabe zu machen, hat sich eine Mehrheit der Stadtverordneten in eine Beobachterposition begeben. Damit wird eine Möglichkeit verspielt, sozialen Ausgleich ganz konkret zu praktizieren. Überwiesen wurde in der Plenarsitzung ein von Linken und SPD gemeinsam erarbeiteter Antrag zur Entwicklung der Gewerbebrache im Kirchsteigfeld. Ich hatte schon 2016 für die Linksfraktion einen Antrag eingebracht, mit dem das seit 1996 brachliegende Gewerbegebiet in Teilen für Wohnbebauung freigegeben werden sollte. Das wurde damals von der SPD und anderen abgelehnt. Es ist erfreulich, dass die SPD ihre Ablehnung aufgegeben hat. Damit können wir den Weg frei machen für eine Änderung des Bebauungsplanes und eine zügige Entwicklung des Areals und eine attraktive Bebauung mit Gewerbe und Wohnen. Wir bleiben dran.

Ihr
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Wortmeldung

Kita-Elternbeiträge in Potsdam

Wofür wir uns seit 16 Monaten stark gemacht haben, ist endlich beschlossen: Eltern bekommen die von 2015 bis zum 31.07.2018 zu viel gezahlten Beiträge zurück. Ab Juni können sie damit rechnen. Mehr als 20 Mio Euro sind dafür erforderlich. Sie werden aus dem Stadthaushalt zu Verfügung gestellt.



Ich begrüße es sehr, dass sich die Verwaltung für ein vereinfachtes Antragsverfahren für die Rückzahlungen entschieden hat, das auch von den Kita-Trägern akzeptiert wird.
Mindestens genauso wichtig ist die nun in Angriff genommene systematische Aufarbeitung der über Jahre angestauten offenen Fragen. Um definitiv sagen zu können, wie viel ein Kita-Platz tatsächlich kostet, müssen noch etwa 165 Betriebskostenabrechnungen aus 8 Jahren geprüft werden. Das ist eine wichtige Voraussetzung, um die für das Kita-Jahr 2020/21 neu zu erarbeitende Elternbeitragsordnung (EBO) solide und rechtssicher vorbereiten zu können. Die vorgestellten Abläufe zur Klärung offener Fragen und zur Erarbeitung der neuen EBO sind um vieles transparenter, als wir es bisher kannten. Sowohl Kita-Träger als auch Kita-Elternbeirat sind einbezogen, Zwischenergebnisse werden zur Diskussion gestellt. Ein solches Verfahren braucht seine Zeit. So ist auch zu erklären, dass die neue EBO nicht wie von uns gefordert in diesem, sondern im nächsten Jahr kommt. Aber nach den unzähligen Streitigkeiten um die Elternbeiträge ist das noch die gute Variante. Solide muss vor schnell gehen. Trotz dieser positiven Ansätze werden wir alle kommenden Schritte kritisch begleiten und hinterfragen.
Sigrid Müller

Umgehungsstraße: Ergebnisoffen prüfen

Das die Stadt Potsdam sprichwörtlich vom Autoverkehr überrollt wird, ist kein Geheimnis. Seit die Zeppelinstraße einspurig ist, quälen sich Berufsverkehr und Pendler durch sie hindurch. Mit einer Umgehungsstraße und einer zusätzlichen Havelbrücke könnten Teile des Straßenverkehrs aus den westlichen und nördlichen Ortsteilen und dem Stadtzentrum verlagert werden. Denn selbst bei optimaler Entwicklung des ÖPNV wird der KFZ-Verkehr durch die wachsende Einwohnerzahl weiter zunehmen. In einem von Ralf Jäkel initiierten gemeinsamen Antrag der LINKEN, der CDU sowie Teilen der SPD wurde darum die erneute Prüfung einer Ortsumgehung gefordert. Für eine flüssige Verkehrsabwicklung und für die Sicherung guter Lebensbedingungen in der Innenstadt und den Ortsteilen sind neue Wege und Möglichkeiten einer Umgehungsstraße zu prüfen. Dabei sollen auch Teilabschnitte betrachtet werden.
Es ist es das Anliegen des vorgelegten Antrags, zunächst Möglichkeiten zu prüfen. Es gehe eben nicht darum, den Bau der Havelspange „durch die Hintertür" zu beschließen, betonte Hans-Jürgen Scharfenberg. Das hatten die Grünen den Antragstellern vorgeworfen. Vor allem soll eine Datengrundlage als Grundlage für fundierte Entscheidungen geschaffen werden. Doch dass Wege zur Entlastung der Stadt gefunden werden müssen, steht außer Frage. Beschlossen wurde schließlich eine geänderte Fassung, die die Ergebnisoffenheit der Prüfung in den Vordergrund stellt.

Fragen – Antworten

Stolpersteine auf der Brandenburger Straße

André Noack (DIE LINKE.) wollte wissen, wie mit den Stolpersteinen in der Brandenburger Straße während der vorgesehenen Sanierung umgegangen werden soll. Es ist geplant, den Straßenbelag des „Broadway" in den kommenden Jahren zu erneuern, um das Straßenbild deutlich zu verändern. Beigeordneter Bernd Rubelt versichert, dass sämtliche Stolpersteine, die davon betroffen sind, im Anschluss an die Modernisierung an selber Stelle wieder eingesetzt werden.

Schlaglöcher im Babelsberger Park

Viele Gäste der Stadt und die Potsdamer*innen besuchen täglich den Babelsberger Park. Allerdings sind dadurch über die Jahre auf den Wegen zahlreiche Schlaglöcher entstanden. Diese verschlechtern die Möglichkeiten eines entspannten Besuchs für Radfahrer*innen, Rollstuhlfahrer*innen sowie andere Nutzer*innen erheblich. Eine Verbesserung der Situation ist aktuell nicht erkennbar. Daher fragt Stadtverordneter André Noack (DIE LINKE.), ob es bereits Planungen zur Verbesserung des Zustandes der Wege gibt. Beigeordneter Bernd Rubelt verweist darauf, dass die Zuständigkeit bei der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten liegt. Man habe bereits Kontakt zu den Verantwortlichen aufgenommen. Dr. Sigrid Müller fragt nach, ob nicht auch für die Stiftung die Verkehrssicherungspflicht bestünde, was Herr Rubelt bestätigt. Die Verwaltung werde bei der Stiftung auf die Beseitigung der Schäden drängen.

Hundetagesstätte HUTA am Klinikum Ernst von Bergmann

Am 10. Januar 2019 führte das Landesamt für Arbeits- und Verbraucherschutz im Beisein mehrerer städtischer Ämter eine Vor-Ort-Begehung der neu entstandenen Hundetagesstätte (HUTA) im städtischen Klinikum Ernst von Bergmann durch. Die Einrichtung wird von einem externen Anbieter betrieben und ist in Räumen der Gesundheitsakademie eingerichtet. Jana Schulze (DIE LINKE) fragte den Oberbürgermeister danach, welche Ergebnisse die Vor-Ort-Begehung ergeben hat. Eine Nutzungsänderung, so der Oberbürgermeister, Mike Schubert (SPD), wurde gegenüber der Unteren Bauaufsicht erst im Januar 2019 beantragt, die Umbauten haben demzufolge ohne vorherige Zustimmung stattgefunden! Das Protokoll der Vor-Ort-Begehung liege ihm noch nicht vor. Der Sozialausschuss wird sich am 19. Februar 2019 erneut damit befassen.

Schaffung zusätzlicher Personalstellen 2018/2019

Dr. Sigrid Müller (DIE LINKE) fragt den Oberbürgermeister nach dem aktuellen Stand der Umsetzung der Schaffung zusätzlicher Personalstellen. Mit dem Beschluss des aktuellen Doppelhaushalts 2018/2019 wurde die Verwaltung beauftragt, zusätzliche Personalstellen für die Koordinierungsstelle Jugendhilfe/Schule, für die IT-Betreuung der

Potsdamer Schulen, für das Kinder- und Jugendbüro in der Trägerschaft des Stadtjugendrings, für den Stadtjugendring und für den Bereich Städtepartnerschaften zu schaffen. Oberbürgermeister Mike Schubert (SPD) antwortet ausführlich darauf. Einige Stellen wurden bereits geschaffen, besetzt ist jedoch noch keine. Die Antwort wird auch schriftlich ausgereicht. Der Jugendhilfe- und der Bildungsausschuss werden über die Besetzungen informiert.

Erwerb von Landesimmobilien

Potsdam ist eine wachsende Stadt. Schulen, KiTas und bezahlbarer Wohnraum werden benötigt. Hans-Jürgen Scharfenberg (DIE LINKE) fragt den Oberbürgermeister, was bereits unternommen worden ist, um Landesimmobilien zu erwerben? Die Landesregierung hatte in der vergangenen Woche erklärt, den Kommunen Landesimmobilien für wichtige kommunale Aufgaben übertragen zu wollen. Nach Verwaltungsangaben habe die Stadt bereits Interesse für konkrete Immobilien des Landes bekundet. Bürgermeister Burkhard Exner teilt mit, dass die Stadt Flächen für drei Schulstandorte erwerben wolle: Waldstadt Süd, Am Nuthewinkel und an der Pappelallee. Hans-Jürgen Scharfenberg fragt nach weiteren Plänen. Die würden geprüft, so Exner.

Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum

Die Landesregierung hat dem Landtag einen Gesetzentwurf für ein Zweckentfremdungsverbot von Wohnraum vorgelegt. Damit sollen den Kommunen Satzungen ermöglicht werden, die die Nutzung von Wohnraum als Ferienwohnung oder Gewerberaum unterbinden. Hans-Jürgen Scharfenberg fragt dazu den Oberbürgermeister, ob sich die Verwaltung auf eine zügige Verabschiedung einer entsprechenden Satzung vorbereite? Dazu antwortet der Beigeordnete Burkhard Exner, dass es erst im April die entsprechende Ermächtigungsgrundlage geben werde, um eine kommunale Satzung erlassen zu können. Vor Inkrafttreten des Gesetzes könne nichts unternommen werden. Demnach sei noch nicht absehbar, wann eine städtische Satzung erlassen wird.

Bau eines Gemeindezentrums der russisch-orthodoxen Gemeinde

Hans Jürgen Scharfenberg (DIE LINKE) fragt den Oberbürgermeister nach dem Stand der Vorbereitungen für den Bau eines Gemeindezentrums für die russisch-orthodoxe Gemeinde. Nach langer Diskussion über den Bau ist ein entsprechender Standort auf dem Kapellenberg gefunden worden. Allerdings ist zur Realisierung des Vorhabens noch der Tausch von Teilflächen erforderlich, um die Bebauung zu ermöglichen. Seit längerem laufen Gespräche zwischen der Stadt und der Gemeinde zur konkreten Umsetzung. Beigeordneter Exner verweist darauf, dass der Bauherr, in diesem Fall die Kirche, für eine Baugenehmigung zunächst definieren muss, um welche Flächen es genau gehen soll. Auf Nachfrage bietet Oberbürgermeister Mike Schubert (SPD) seine Hilfe bei der Vermittlung an und hofft, das bis Ende des Jahres der Bau beginnen kann. Dafür, so Schubert, müssten sich Bauherr und Behörde aufeinander zu bewegen.

Beschlossen

Überarbeitung der Leitlinien für Grundstücksverkäufe

In Sanierungs- und Entwicklungsgebieten finden in Potsdam vermehrt Konzeptausschreibungen statt. Dieses Instrument ist geeignet, in zentraler Lage sowohl bezahlbares Wohnen zu realisieren, aber auch gestalterische Aspekte zu berücksichtigen. Konzeptausschreibungen sollen deshalb zum Standard bei städtischen Grundstücksverkäufen werden und entsprechende Regeln erarbeitet werden. So sollen klar definierte, nachvollziehbare Bedingungen bei Verkäufen nach Konzept geschaffen werden. Dieser Antrag der Fraktionen SPD, CDU/ANW und DIE LINKE wurde mehrheitlich angenommen.

Papierkörbe und Bänke am Kirchsteigfeld

Durch die Netzwerkinitiative Kirchsteigfeld wurde schon vor längerer Zeit auf den Mangel an Papierkörben und Sitzgelegenheiten am Heiner-Carow-Platz aufmerksam gemacht. Um noch rechtzeitig vor dem Frühjahr und Sommer die Aufenthaltsqualität des Platzes wenigstens etwas zu verbessern, sollte dem Wunsch der Anwohnenden des Stadtteils Kirchsteigfeld schnell entsprochen werden. Das beantragte DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung. Die durch die SPD gestellte Überweisung des Antrages in den Bauausschuss wurde abgelehnt und der Antrag in der vorgelegten Form zur schnellen Umsetzung beschlossen.

Interkommunale Zusammenarbeit

Durch den Oberbürgermeister ist angekündigt worden, die Zusammenarbeit mit den anderen Brandenburger Kommunen verbessern und ausbauen zu wollen. Allerdings sind verschiedene Ansätze dazu in der Vergangenheit nicht bis zu Ende verfolgt worden. Ziel einer solchen verstärkten Zusammenarbeit ist es insbesondere, durch gemeinsame Anstrengungen zum gegenseitigen Vorteil Kräfte zu bündeln. Mike Schubert (SPD) verwies darauf, dass er bereits erste Gespräche aufgenommen habe. Der Antrag wurde von den Stadtverordneten mit großer Mehrheit beschlossen.

Überwiesen

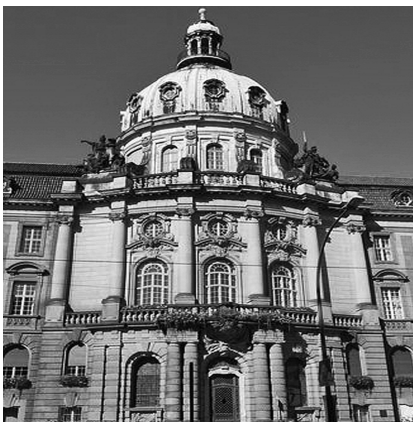
Plastiken auf dem Staudenhof

Schon vor einem Jahr wurde der Oberbürgermeister beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Plastiken vom Staudenhof zügig in der Nähe ihres ursprünglichen Standortes aufgestellt werden. Es fanden zahlreiche Besichtigungen unterschiedlicher Standorte statt, entschieden wurde sich letztlich für den Neuen Friedhof. Hans-Jürgen Scharfenberg gibt allerdings zu bedenken, dass dies weit entfernt vom ehemaligen Standort sei und beantragt daher, die Plastiken nach Beendigung der Bauarbeiten am Staudenhof wieder dort aufzustellen. Nach zahlreichen Diskussionen wurde der Antrag erneut in den Kulturausschuss überwiesen.

Gewerbebrache am Kirchsteigfeld entwickeln

Seit über zwanzig Jahren nun liegt die Gewerbefläche zwischen dem Kirchsteigfeld und der Autobahn A115 in großen Teilen brach. Frühere Anläufe zur Änderung des B-Plans hin zu einer Mischung aus Wohnen und Gewerbe waren gescheitert. Umso begrüßenswerter ist es, dass nunmehr nach einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE, dem die CDU/ANW beitrat, der Bebauungsplan „Kirchsteigfeld“ so überarbeitet werden soll, dass südlich des Hirtengrabens auf dem Baufeld entlang der Ricarda-Huch-Straße mehrgeschossiger Wohnungsbau und die dazugehörige soziale Infrastruktur errichtet werden kann. Entlang der Autobahn soll die geplante Ansiedlung von Gewerbe in vollem Umfang umgesetzt werden. Der gemeinsame Antrag ist mehrheitlich zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse überwiesen worden.

Was – wann – wo?



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam
Stadthaus, Raum 3.107; Beginn jeweils 18 Uhr
11.; 18.; 25. Februar 2019; 04.; 11.; 18.; 25. März 2019

48. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
Stadthaus, Plenarsaal
06. März 2019, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen Rathausreport Live
10. März 2019, Beginn 10 Uhr
Glienicker Dorfstraße 2E, 14476 Potsdam

Ausgabe „Rathausreport" Nummer 02/2019
Stadthaus, Raum 3.107
15. bis 19. März 2019 (außer Sa. und So.)

Info- Stände in den Stadtteilen
15. und 16. März 2019
Mit der Ausgabe des „Rathausreport" und Informationen zu den Ergebnissen der 48. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06. März 2019

Bürgersprechstunde Dr. Hans- Jürgen Scharfenberg (MdL) und Fraktionsvorsitzender
Am 20. Februar 2019 ab 17 Uhr im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39
(Bürgerhaus Stern*Zeichen)
Voranmeldungen sind möglich unter: Tel: 0331/6005069
Mail: buero.scharfenberg@gmx.de

Rathausreport live

Umgehungsstraße in Sicht?

Es war wieder Frühschoppen „Rathausreport live" angesagt am 3. Februar. Die Stadtfraktion der Partei DIE LINKE. Potsdam hatte eingeladen in den traditionsreichen Club 91 in der Kastanienallee in Potsdam-West. Und 20 Bürger*innen waren zu Gast.
Dr. Sigrid Müller, die Fraktionsgeschäftsführerin, und Ralf Jäkel, der Bauausschussvorsitzende, berichteten über die Themen aus der jüngsten Stadtverordnetenversammlung vom 30. Januar 2019. Da standen solche Themen im Mittelpunkt wie
- Die Erschließung des Potsdamer Nordens – vor welchen Aufgaben steht die Stadt?
- Wie können die Gärten der Kleingartenanlage „Angergrund" in Babelsberg gerettet werden?
- Wie kann mehr Bürgerbeteiligung beim Bürgerhaushalt erreicht werden?
- Wird aus der Verkehrsader Friedrich-Ebert-Straße ein Boulevard?





Solche und andere stadtpolitische Schwerpunkte wurden in 7 Stunden in 55 Tagesordnungspunkten behandelt (siehe auch in diesem „Rathausreport"). Beginnend mit dem obligatorischen Bericht des Oberbürgermeisters, der laut Dr. Sigrid Müller die ganze Bandbreite des aktuellen politischen Geschehens in unserer Stadt berührte. Von besonderem Interesse waren und sind natürlich für die anwesenden Bürger*innen Probleme in der Brandenburger Vorstadt, in Potsdam-West. So z. B. die Situation um das ehemalige Kino „Charlott", ein Dauerbrenner, der noch immer keine Lösung erkennen lässt. Dr. Müller dazu: „Angeblich ist die Verwaltung im Gespräch mit dem Eigentümer". Mehr Informationen auf dieses konkrete Stadtteilproblem können im Augenblick nicht gegeben werden. Wichtig jedoch noch ihr Hinweis, dass der Oberbürgermeister am 9. März seinen Stadtteilrundgang und die diesbezügliche Auswertung für den 22. März 2019 geplant hat. Ganz sicher haben sich einige Teilnehmer*innen die den Termin vorgemerkt.
Den zweiten Teil der Veranstaltung, der sich mit vielen Fragen der Stadtentwicklung befasste, übernahm Ralf Jäkel. Gerade er ist mit solchen Themen wie „Verkehrschaos in Potsdam-West – Kann ein neuer Fuß- und Radweg Abhilfe schaffen?" bestens vertraut. So hob er u. a. als großen Zwischenerfolg hervor, dass endlich ein Prüfauftrag in Sachen Umgehungsstraße für Potsdam-West beschlossen wurde. Ebenso positiv wertete Ralf Jäkel den beschlossen Prüfauftrag für den OB zum Konzept Biosphäre: „Damit wäre das jahrelange Hickhack beendet." Und schließlich informierte Jäkel, dass an der „Havelwelle" keine Badestelle geplant sei.

b.m.

RATHAUSREPORT
Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam
V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam
E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.